



Die Natur als Bildhauerin

Mit etwas Fantasie wird aus diesem alten Baumstamm eine kleine Skulptur. Das Leserbild zeigt, wie überraschend und kunstvoll die Natur manchmal selbst Hand anlegt. Geschickt hat es uns Peter Eichhorn aus Ottenbach, wo es auch fotografiert wurde. *(red)*

Ersticken wir unsere Zukunft in der Bürokratie?

Seit Jahren ermöglicht unser Team aus freiwilligen Kindern unvergessliche Ferienerlebnisse mit Ponys, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern. Bei uns geht es um Gemeinschaft, Verantwortung, Respekt und den achtsamen Umgang mit Tieren.

Heute, wo der Kontakt zu Pferden für viele Familien kaum mehr bezahlbar ist, möchten wir Kindern diese wertvollen Erfahrungen ermöglichen. Seit 35 Jahren sorgt unser Verein dafür, dass Kinder in ihrer Freizeit für die Ponys sorgen und auf ihnen reiten dürfen. Aber leider, wie schon Schiller einmal sagte: «Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt», müssen auch wir diese Erfahrung machen. Unsere Ponys leben in der falschen Zone. Ab sofort wurde das Angebot untersagt, weil sich jemand daran störte. Und das Gesetz gibt ihm recht.

Wir stellen Gesetze nicht infrage. Sie gehören zu einem Rechtsstaat. Aber sie sollten Lösungen ermöglichen und nicht verhindern. Wir kämpfen nicht



Der KiTi-Verein ermöglicht Momente mit Tieren. (Bild zv)

gegen Behörden. Wir kämpfen für unsere Kinder. Für unsere Tiere. Für Vereine, die ihre Freizeit schenken, statt Geld zu verdienen. Doch wir möchten nicht nur

auf Probleme hinweisen – wir suchen Lösungen.

Haben Sie eine Idee? Kennen Sie einen Ort, eine Gemeinde, einen Bauernhof oder Menschen, die unsere Vision unterstützen möchten? Besonders freuen wir uns über Hinweise aus dem Säuliamt, damit wir Kindern auch künftig wohnortsnahe Erlebnisse mit unseren Ponys ermöglichen können. Melden Sie sich bitte bei uns. Jede Idee zählt.

Denn wenn ehrenamtliches Engagement verschwindet, verlieren wir weit mehr als ein paar Ponys. Wir verlieren Orte, an denen Kinder Verantwortung lernen, Tiere Zuwendung erfahren und Gemeinschaft gelebt wird. Manchmal braucht es nicht mehr Gesetze, sondern mehr Menschen, die bereit sind, gemeinsam Lösungen zu finden.

KiTi-Verein, im Namen des Vorstands:
Alexandra Gubler, Baar; Flora Conte, Zürich;
Sonja Kaiser, Uerzlikon

E-Mail für Input: sonja@kitihof.ch

Es braucht harte Konsequenzen gegen Raser

Replik auf den Artikel von Werner Schneider mit dem Titel «Die Gefahr, bei einem Raserunfall ums Leben zu kommen, ist hoch» im «Anzeiger» vom 1. September.

Die Aussage von Michael Huwiler, Leiter Strassenverkehr der Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich, «Die Gefahr, bei einem Raserunfall ums Leben zu kommen, ist hoch», macht mich nicht nur besorgt, sondern auch wütend. Wir wählen und bezahlen Politikerinnen und Politiker dafür, dass sie Gesetze zum Schutz unserer Sicherheit und unseres Wohlergehens erlassen und deren Einhaltung sicherstellen.

Die PS-Stärke von Fahrzeugen für Junglenker zu beschränken, ist dabei nur ein kleiner Schritt. Der Entzug des Führerscheins greift viel zu kurz, da viel zu viele Personen schlichtweg ohne Fahrerlaubnis weiterfahren. Es braucht keine blossen Scheinstrafen, sondern Konsequenzen, die spürbar greifen: die konsequente Beschlagnahmung des Tatfahrzeugs sowie – bei Unfällen mit Todesopfern oder Verletzten – lange, unbedingte Haftstrafen. Diese Härte muss auch für Lenkende unter Alkoholeinfluss gelten! In diesem Zusammenhang frage ich mich, wo die sogenannten «Pro-Life»-Aktivisten bleiben. Sie de-

monstrieren lautstark für das ungebo-rene Leben, verlieren jedoch kein Wort darüber, wenn ein Familienvater abends nie mehr nach Hause kehrt oder eine Mutter ihr Kind verliert, weil es auf dem Schulweg Opfer eines Rasers oder betrunkenen Autofahrers wurde. Wie viele Menschen sitzen lebenslänglich im Rollstuhl, nur weil ein rücksichtsloser Lenker ein Social-Media-Video inszenieren wollte?

Es ist höchste Zeit, dass die Politik endlich ihre Verantwortung wahrnimmt und handelt!

Brigitte Caldwell, Obfelden

Merkwürdige Darstellung der Geschichte

Die Befürworter der Neutralitätsinitiative argumentieren munter mit angeblich historischen Beispielen. Einer spricht von einer 500-jährigen Neutralität (wohl seit Bruder Klaus) und vergisst dabei, dass die vorrevolutionäre Eidgenossenschaft als Staatenbund ab dem 17. Jahrhundert weitgehend ein Vasallenstaat Frankreichs war und gar keine eigene Aussenpolitik hatte, also auch nicht neutral sein konnte.

Dafür lieferte man verschiedenen Monarchen munter Söldner und wurde im Gegenzug mit Geld und Adelstiteln versorgt. Bis zum Zweiten Villmergerkrieg war man auch immer wieder in interne Kriege verwickelt, während doch die Neutralität angeblich den Krieg verhindern soll.

Herr Helegaard behauptet, die kleineren griechischen Stadtstaaten, die im Hellenismus teilweise überlebt haben, seien untergegangen, weil sie römische Militärhilfe beansprucht hätten. Das ist eine sehr merkwürdige Darstellung der

hellenistischen Geschichte, wo mehrere hundert Jahre lang alle gegen alle kämpften und viele mit Rom paktierten, wenn es gerade passte. Rom versuchte ab dem dritten und vor allem dem zweiten Jahrhundert, alle Territorien der Diadochen im Mittelmeerraum unter seine Kontrolle zu bringen, was ihm auch gelang (wir alle kennen den Film «Kleopatra», der den Untergang des letzten Diadochenreichs zeigt). Diese Entwicklung hätten die kleinen griechischen Staaten genauso wenig wie Kleopatra aufhalten können, selbst wenn sie sich nicht eine Zeit lang mit Rom verbündet hätten.

Heute verbieten UNO-Charta und das Römer Statut Angriffskriege. Die schweizerische Neutralitätspolitik muss sich an dieser völkerrechtlichen Lage ausrichten. Morgarten, Bruder Klaus und die hellenistischen Kleinstaaten sind dabei keine grosse Hilfe.

Hans Hegetschweiler, Hedingen

Schulanlage wird nicht benötigt

66 Schüler oder 17 Prozent aller Schüler in Stallikon verlassen die Schulhäuser bis 2030 gemäss der Homepage der Gemeinde Stallikon. Damit werden drei Schulzimmer frei, welche für andere Bedürfnisse verfügbar werden. Und jetzt plant die Gemeinde, für acht Millionen eine neue Schulanlage zu bauen. Das lehne ich ab, da diese nicht benötigt wird. Sollten später die Schü-

lerzahlen markant steigen, kann ein weit günstigerer Schulraum gemäss den Erfahrungen der Gemeinde Wettswil in kurzer Zeit erstellt werden. Der Bau einer Mehrzweckhalle ist ausgewiesen. Sie soll als separates Projekt den Stimmbürgern zum Entscheid vorgelegt werden.

Werner Pfenninger, Stallikon

Zu enge Formulierung von Neutralität

Ich stelle mir vor: Die Schweiz hat eine immerwährende, bewaffnete Neutralität. Sie tritt keinem Militär oder Verteidigungsbündnis bei, sie beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten. Sie beteiligt sich nur an Boykotten, die vom UNO-Sicherheitsrat – ohne Gegenstimme eines Veto-staates – entschieden wurden. Sie bezieht keine Position gegen Staaten, die das Völkerrecht oder Menschenrechte verletzen.

Aber: Die Schweiz betreibt mit allen – auch Staaten, die wirtschaftlich boykottiert werden, schwunghaften Handel. Sie toleriert bei sich – still-

schweigend oder explizit – die Gründung von Handelsunternehmungen durch boykottierte Länder und lässt sie gewähren.

Länder, die boykottiert werden oder Boykotte aussprachen, schauen jedoch wohlwollend auf die Schweiz – sie tolerieren und schätzen die neutrale Haltung der Schweiz. Vielmehr noch, sie bitten sie um Vermittlung in ihren Konflikten.

Glauben Sie wirklich an dieses Märchen? Ich nicht! Deshalb stimme ich mit Überzeugung Nein zu dieser engen Formulierung der Neutralität.

Walter Dobler, Ottenbach

Zur Schulraumplanung Stallikon

In der kommenden Abstimmung können wir nur über den Kredit für den Bau von vier Schulzimmern mit Nebenräumen und die Mehrzweckhalle als Paket zusammen abstimmen.

Die Mehrzweckhalle braucht es dringend. Der Bedarf ist seit 2014 bekannt. Dagegen sinkt die Schülerzahl von aktuell 384 auf gegen 320 bis 2030. Siehe Homepage Gemeinde Stallikon.

Das entspricht drei Schulklassen weniger. Sinkende Schülerzahlen sind in allen Zeitungen ein Thema. Die Städte Zürich und Winterthur redimensio-

nieren Schulhausprojekte. Darum sollten wir dieses 23-Millionen-Paket ablehnen. Nach dem Nein ist ein neues Kernprojekt vorzulegen mit der Priorisierung der Mehrzweckhalle und Zusatzschulraum gemäss den aktuellen Prognosen.

Der notwendige Schulraum kann mit hochwertigen Modulen gebaut werden, welche erweiterbar sowie auch rückbaubar sind. Somit gilt es, ein Nein einzulegen.

Ruedi Fischer, Sellenbüren

Rätselhafte Argumente

Man reibt sich die Augen: Die kritisierte (und im Leserbrief nicht benannte) UN-Initiative zu Desinformation ist im Kern ein Appell an Big-Tech-Konzerne, ihre Werbe-Geschäftsmodelle zu überdenken, und fordert Regierungen zugleich ausdrücklich auf, freie und unabhängige Medien zu erhalten – und ausgerechnet das wird hier zur globalen Verschwörung gegen die «Neue Weltordnung» hochstilisiert.

Amüsant, wenn ausgerechnet Trumps USA als Vorbild für Meinungsfreiheit herhalten sollen, während US-Gerichte seiner Regierung bereits in mehr als 60 Fällen unzulässige Ein-

schrankungen der Redefreiheit attestiert haben. Im selben UN-Dokument steht zudem ausdrücklich, Zensur sei abzulehnen und die Meinungsfreiheit zu schützen – da drängt sich doch die Frage auf, wer hier eigentlich mit «vorgegebenen Narrativen» arbeitet. Notabene: Der Vorstoss von Guterres stammt vom Juni 2024, die im Konsens verabschiedete Resolution von 47 Ländern bereits vom April 2024 – warum die Empörung ausgerechnet jetzt, im Spätsommer 2026, aufflammt, bleibt das eigentliche Rätsel dieses Leserbriefs.

André Podleisek, Wettswil